

ZwischenRufe

#1 - Juni 2014

In dieser Ausgabe (Juni 2014):

Seite 2 - Umbenennung des Richardplatzes

Seite 3 - Name Dropping

Seite 4 - Neuer Nachbarschaftsgarten im Kiez

Seite 5 - Invasion der Baugruppen

Seite 6 - Ruetlifroesche im Widerstand

Seite 7 - "Stadt und Land" brechen Zusage, Polizei ueberfaellt Stadteilladen



Umbenennung des Richardplatzes in "Mohammad-Rahsepar-Platz"



Anscheinend haben Anwohner_innen dem Richardplatz einen neuen Namen verliehen. So waren am 26.05. sämtliche Strassenschilder mit der alten Bezeichnung überklebt und Dutzende Plakate rund um den Platz angebracht. Auf diesen ist ausführlich die Motivation hinter der Aktion erklärt.

Mohammad Rahsepar war ein aus dem Iran bis nach Deutschland Geflüchteter, der sich aus Verzweiflung im Jahr 2012 in Würzburg das Leben nahm. Mit seinem Tod setzte eine massive Welle von Protesten der Geflüchteten ein, die bis heute anhält. Mit unterschiedlichsten Aktionen und Verlautbarungen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa protestieren Geflüchtete dagegen, dass sie in der EU wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden und gegen die Abschottung der EU nach außen. So findet z.B. auch gerade ein Protestmarsch der Geflüchteten und ihrer Unterstützer_innen von Straßburg nach Brüssel statt, mit dem Ziel, dort ab dem 26.Juni mit einer Aktionswoche auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und das EU-Parlament zum Handeln aufzufordern. An diesem Protestmarsch nehmen auch Geflüchtete teil, deren Lebensmittelpunkt Rixdorf und andere Teile Neuköllns sind.

Bislang wurden die Proteste der Geflüchteten leider weitgehend ignoriert. Zwar schaffen es einzelne Aktionen gerade in Berlin immer wieder in lokale und überregionale Nachrichtenblätter, eine allgemeine Debatte um die deutsche und europäische Asylgesetzgebung findet leider nicht statt. Auch nicht über den alltäglichen Rassismus, den Geflüchtete (und andere) nicht nur von Seiten des Staates sondern auch im täglichen Leben erfahren müssen.

An dieser Stelle ein Zitat von den Plakaten, die im Zuge der Umbenennung des Richardplatzes aufgetaucht sind:

„Es entsetzt uns, mit welcher Ignoranz nicht nur der deutsche Staat und die Leitmedien mit der Situation der

Geflüchteten umgehen. Wenn Menschen so verzweifelt sind, dass sie jahrelang protestieren, in den Hungerstreik treten, sich die Münder zunähen und aus purer Verzweiflung sogar Selbstmord begehen – dann dürfen wir nicht nur zuschauen. Für uns ist völlig unverständlich, wie Menschen mit noch einem letzten Funken Mitgefühl angesichts des Terrors gegen Geflüchtete nicht massenhaft auf die Straße gehen oder anderweitig ihre Solidarität bekunden. Als kleines Zeichen unserer Solidarität haben wir den ehemaligen Richardplatz in „Mohammad-Rahsepar-Platz“ umbenannt, um so dauerhaft ein Symbol der Proteste zu schaffen. [...] Wir senden ihnen unsere Grüße der Solidarität und wollen alle Menschen ermutigen sich mit uns gemeinsam an unterstützenden Aktionen zu beteiligen.“¹

In diesem Kontext ist die Umbenennung des Richardplatzes ein begrüßenswerter Akt von Eigeninitiative im Kiez. Ebenso zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang auch die am 23.Mai stattgefundenene unangemeldete Demonstration im Reuterkiez. Hier schrieben Teilnehmende: „Wir finden uns wieder im Streben der Geflüchteten nach einer Welt ohne Grenzen und Ausbeutung und einem Leben in Freiheit und Selbstbestimmung.“²

Rassismus wird es leider mindestens solange geben, wie es Nationalismus und Kapitalismus gibt. Dagegen vorzugehen, geht nur direkt. Indem wir uns als Nachbar_innen zusammenfinden, uns miteinander solidarisieren und versuchen eine neue Form des Miteinanders zu finden.

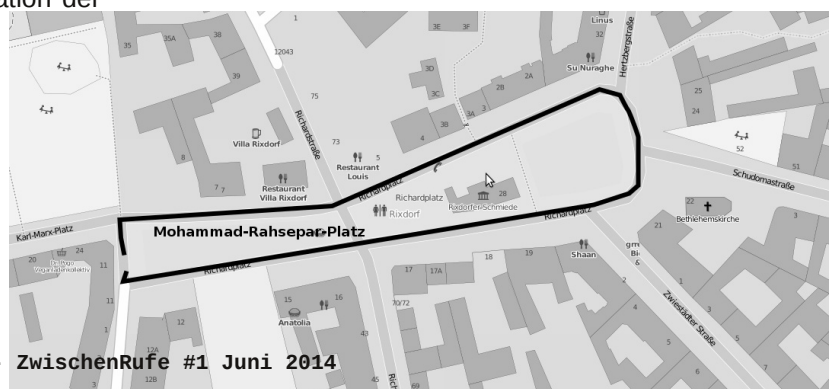
Ein guter Anlaufpunkt hierfür könnten die zukünftig geplanten Nachbarschaftstreffen sein. Auch unser Kiez kann nur dann lebenswert sein, wenn wir es schaffen eine Kultur des Respektes, aber auch der Solidarität aufzubauen.

Für ein lebenswertes Rixdorf,

Für eine Welt ohne Ausgrenzung und Ausbeutung.

¹<https://linksunten.indymedia.org/en/node/115237>

²<https://linksunten.indymedia.org/en/node/114714>



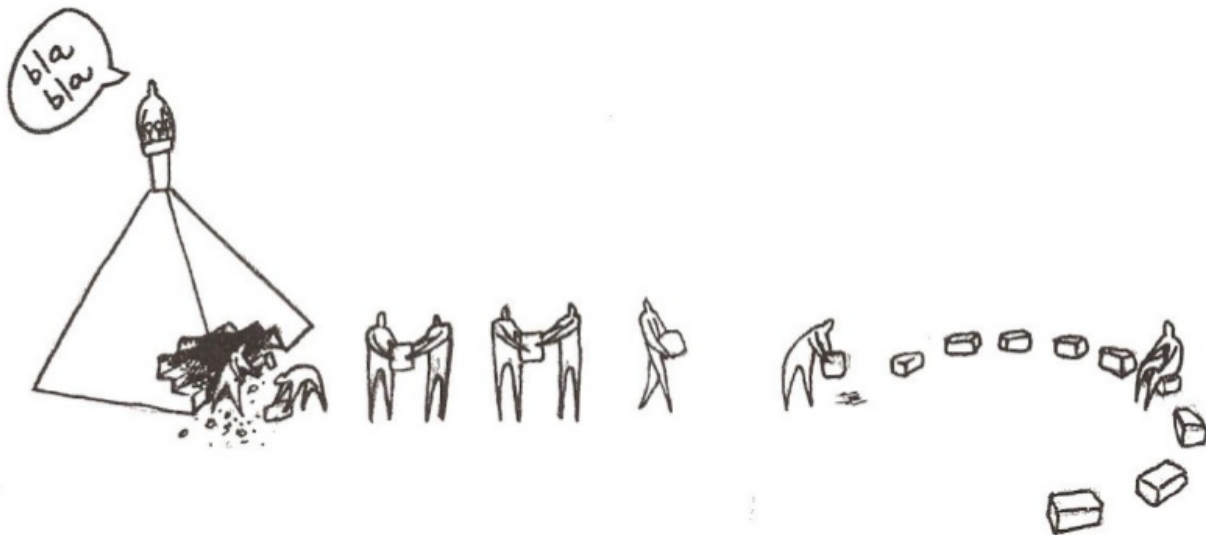
Name Dropping

Seit 2010 arbeitet die Aktion! Karl-Marx-Straße im Auftrag der Bezirksregierung an der Umgestaltung Rixdorfs und Nordneuköllns. Neben der Verengung der Richardstraße, mit ihrer ohnehin ruhigen Verkehrslage, auf wahlweise fünf oder neun Meter, tritt die Aktion! KMS vor allem mit dem Bemühen auf, teure Boutiquen und Kunstgalerien anzuwerben, die günstige Kiezgeschäfte ersetzen sollen. Die SPD-Bezirksregierung will auf diese Weise den Austausch der bisherigen Anwohner*innen durch den Zuzug von zahlungskräftigen Mieter*innen aus anderen Bezirken unterstützen, „Künstlerflair“ schaffen und zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Ende April präsentierten Bezirksbürgermeister Buschkowsky (65) und Angestellte der Umgestaltungsaktion ihren neuesten Coup: der neu gepflasterte und mit einem klobigen Kioskhäuschen bebauter Platz der Stadt Hof am nördlichen Ende der Richardstraße wurde feierlich umbenannt. Sein neuer

Name: Alfred-Scholz-Platz.

Die Stadt Hof war not amused. Der Stadtälteste Hofs, H. Fichter, dazu: „Wir sind natürlich nicht begeistert und finden es sehr schade, dass der Platz der Stadt Hof nicht mehr den Namen unserer Stadt trägt“. Bei Redaktionsschluss hatte Hof die diplomatischen Beziehungen zu Neukölln allerdings (noch) nicht abgebrochen.

Auch die Neuköllner*innen selbst wurden zur Umbenennung „ihres“ Platzes – wie fast immer in der Stadtplanung – nicht befragt. Wozu auch? Wollten wir uns dort treffen, hieß der Platz für uns „am Schnäppchenmarkt“ oder „bei der Sparkasse“. Vielleicht setzt sich der neue Name durch, wenn Berlins erster Kunstdiscounter in die Räume des Schnäppchencenters zieht. Das hässliche Kioskhäuschen dürfte jedenfalls Kunstfaszierte aus dem ganzen Bundesgebiet anziehen.



Polizei überfällt Stadtteilladen

Am Dienstagabend (03.06.) überfiel ein Großaufgebot der Polizei den Stadtteilladen in der Friedelstrasse 54. Unter fadenscheinigen Gründen verschafften sich die Beamten gewaltsam Zugriff und nahmen die Personalien aller Anwesenden auf. Nach Beendigung der stundenlangen Prozedur zogen mehr als hundert Menschen in einer unangemeldeten Demonstration durch den Reuterkiez, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Mehr Informationen unter:

<https://linksunten.indymedia.org/de/node/115683> &

<http://friedel54.noblogs.org/>

Neuer Nachbarschaftsgarten im Kiez

*Der kleine Park in der Zeitzer Straße / Ecke Saalestraße lag jahrelang brach und war abgesperrt. Doch in den letzten Wochen haben sich Nachbar*innen zusammengetan und ihn als Kiezs Garten neu eröffnet. Wir sind hin und haben uns ihn angeschaut. Hinten liegt eine asphaltierte Fläche die wohl von Kindern aus der Nachbarschaft zum Fussballspielen benutzt wird. Heute ist es im hinteren Teil aber leer. Die Nutzer*innen des Gartens treffen wir vorne auf der Picknickwiese. Sina ist gerade dabei, ein paar Büsche zurück zu schneiden und freut sich, dass wir uns für den Garten interessieren. Sie erzählt uns, wie sie von der Neueröffnung erfuhr und was sie hier in den nächsten Wochen machen möchte.*

Du schneidest hier gerade die Büsche. Was hast du vor?

In den letzten Jahren haben die Büsche den Weg überwuchert. Ich will den Weg nach hinten wieder etwas breiter machen, damit Leute besser durchkommen. Und wo ich schon dabei bin, habe ich mir gedacht, dass hier auch ein guter Platz für ein kleines Gemüsebeet ist. Das will ich hier in den nächsten Tagen mit meiner Mitbewohnerin anlegen. Erstmal ein paar Tomatenpflanzen und Karotten und dann mal schauen, wie die sich machen.

Wie seid ihr auf die Idee gekommen?

Wir haben letzte Woche gesehen, dass der Park offen ist und sind dann einfach reinspaziert. Hier haben gerade Leute gegrillt und wir haben uns dazugesetzt und uns unterhalten. Die hatten vorher den Müll, der überall herum lag, eingesammelt und weggebracht und wollten jetzt die Sonne genießen. Denen ging es wie uns. Die hatten gesehen, dass der Park offen ist und haben dann angefangen, hier was zu machen. Einer meinte, er würde es hier gerne schöner machen und so entstand die Idee Beete anzulegen und die überwachsenen Wege frei zu machen. Damit haben wir vor ein paar Tagen angefangen. Es sieht nicht so aus, als hätte der Bezirk ein Interesse, hier aufzuräumen, also organisieren wir das selbst.

Helfen viele Nachbar*innen mit?

Vor einer Woche waren nur 3-4 Leute da, aber mittlerweile hat es sich herumgesprochen, dass der Park wieder offen ist. Ich treffe fast jeden Tag neue Leute hier. Manche schauen nur kurz rein und gehen dann wieder weiter. Andere bleiben und lesen auf der Wiese oder spielen hinten Fussball. Bisher fanden alle mit denen ich gesprochen haben die Idee eines Nachbarschaftsgartens gut. Einige haben auch spontan mitgeholfen, Werkzeuge geholt und z.B. Mülleimer aufgestellt. Die Zahl der Leute, die hier regelmäßig etwas machen, wächst. Viele haben eine Idee oder arbeiten schon an ihrem kleinen Projekt hier. Es ist ja auch genug Platz!

Gibt es dann sowas wie eine feste Gruppe, die den Garten schmeißt?

Nein, hier können alle machen, worauf sie Lust haben. Es gibt natürlich spontane Absprachen, wenn wer vorbeikommt und was im Garten mitgestalten will. Ein Nachbar hat mich vorhin um Hilfe bei einem Blumenbeet gebeten. Das ist alles Do-It-Yourself und selbstorganisiert. Da sind natürlich alle in der Nachbarschaft eingeladen mitzumachen.

Weißt du, was hier noch geplant ist?

Hinten auf der Freifläche liegt noch ein Haufen altes Holz - das müsste mal weg. Ein paar Jungs hatten gestern die Idee, einen festen Grillplatz zu bauen. Und außerdem wird das hier nicht das einzige Gemüsebeet bleiben. Hier gibt es genug Fläche um sich was anzupflanzen. Vielleicht machen wir bei schönem Wetter auch mal so eine Art verspätetes Einweihungsfest oder malen ein Schild für den Eingang... Denkt euch was aus und macht es einfach!

Danke für das Interview.



Es wird eng im Kiez – Invasion der Baugruppen

Bald ist es soweit, die graue Fassade bekommt gerade noch den letzten Feinschliff, dann können demnächst die Bewohnenden des „Ausbauhauses Neukölln“ ihre frischen Lofts beziehen.

An der Ecke Unstrutstraße/Braunschweiger Straße ist innerhalb eines Jahres viel passiert. Wo vergangenes Jahr noch eine kleine, grüne Ecke war und sich die Bäume sanft im Wind wogen, ragt nun ein riesiger grauer Betonklotz dem Betrachter entgegen. Dieser Betonklotz, der in Windeseile aus dem Boden gestampft wurde, ist das Werk des Architektenbüros Praeger Richter und wird als „Ausbauhaus Neukölln“ beworben. Das bedeutet soviel, dass dieses Haus nur zu einem gewissen Grad fertig gestellt wird. Die Innenausgestaltung können die 24 gutsituierten Käufer der Eigentumslofts für sich gestalten.

Dabei ist es den neuen Bewohner*innen wichtig, dass sie sich nicht nur ein schickes Eigenheim einrichten, sondern auch einen Teil zur Stadtentwicklung beitragen, nach eigener Aussage durch „kostengünstiges“ Wohnen und die Förderung der ansässigen Kultur. Bei einem Quadratmeterpreis von 2.500 € kann so manchem die Verwunderung kommen, da dies für die meisten im Kiez eine unaufbringbare Summe ist und sicher kein „kostengünstiges“ Wohnen darstellt. So gesehen trägt das „Ausbauhaus“ in jedem Fall einen Teil zur Stadtentwicklung bei, denn es bringt neue Besserverdienende in den Kiez – einen Kiez in dem bisher größtenteils vom Jobcenter Schikanierte, Geringverdiener*innen und Studierende leben. Auf der

Internetseite des Architektenbüros Praeger Richter, wird dann auch viel weniger über soziale Stadtentwicklung geschrieben, sondern das Ausbauhaus Neukölln viel mehr als neues Luxusobjekt angepriesen. So heißt es konkret: „In der ersten Ausbaustufe werden die Wohnungen als großzügige Lofts hergestellt“. In Zeiten in denen ein akuter Wohnungsmangel herrscht und Mieten ins Unermessliche steigen, muss die Frage gestellt werden, ob „großzügige Lofts“ genau das sind, was wir im Richardkiez brauchen. Klar ist: wenn sich beim neuen Berliner Geldadel erst einmal herumgespröchen hat, dass der Richardkiez zum neuen Prenzlauer Berg mutiert, werden weitere zahlungskräftige Nachzügler kommen. Das ist gut – gut für die Immobilienfirmen und Vermieter im Kiez. Denn die freuen sich über kräftigere Mieteinnahmen und den steigenden Mietspiegel. Schlecht könnte es dagegen für die derzeitigen Mieter*innen im Richardkiez aussehen, denn sie werden die weiter steigenden Mieten zu spüren bekommen.

Wer sich so eine Eigentumswohnung nicht leisten kann oder sich nicht für einen Bankkredit hoffnungslos verschulden möchte, schaut in die Röhre. Die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus wissen seit Jahren über den mangelnden Sozialwohnungsbau Bescheid, aber handeln nicht. Bleibt nur zu hoffen, dass Kiezinitiativen und Mietergemeinschaften genug Druck auf die Berliner Politiklandschaft ausüben können und Mieter*innen sich gegen die ständigen Mieterhöhungen wehren. Sonst ist – nicht nur – Nordneukölln ein gefundenes Fressen für Miethärdler und Luxusinvestoren.



Auszüge aus einer Erklärung der Rütli-Frösche

Seit mehreren Jahren stehen wir am Eingang des Rütli-Campus. Ihr habt uns hier hin gestellt und bunt angemalt. Wir waren das Erste, das zahllose Menschen sahen, wenn sie den Campus betreten haben und ihr wart stolz darauf. Wir waren das Symbol für die Befriedung dieser Schule und dieser Straße. Friedlich und stumm sollten wir hier sitzen und alle Menschen willkommen heißen, in dieser wunderschönen, neuen und vor allem friedlichen Schule. Zu Beginn haben wir auch geglaubt was ihr gesagt habt. Das jetzt alles besser und schöner wird. Das die Befriedung der Rütli-Schule exemplarisch für ein besseres und schöneres Leben für alle Menschen im Reuterkiez und ganz Neukölln wird.

Doch geändert hat sich nicht viel. Im Gegenteil. Unter der vielen neuen Farbe, den schönen Fassaden und den Vorzeigeprojekten findet sich immer noch die selbe Scheiße wie zuvor.

Anstatt den Menschen ein wirklich besseres Leben zu ermöglichen, in dem jede*r sich nach den eigenen Vorstellungen entfalten und ein erfülltes Leben erfahren darf, habt ihr die Fassaden erneuert, ein paar Kunstwerke aufgestellt und versucht, mit verstärkten Polizeikräften und privaten Sicherheitsfirmen eine Illusion von Frieden und Sicherheit zu errichten.

Die Menschen, um die es eigentlich gehen sollte, haben davon nicht viel. Im Gegenteil, sie sind euch dabei vollkommen egal. Eure Befriedungs- und Sauberkeitsoffensive hatte den einzigen Effekt darin, dass der zuvor verrufene und „gefährliche“ Kiez auf einmal vermarktet werden konnte. Die Probleme der Menschen, die Angst davor keine Miete zahlen zu können, sich nichts – außer dem lebensnotwendigsten – leisten zu können, ausgeschlossenen von kulturellen Angeboten und sozialer Teilhabe und zu stumpfsinniger, unnötiger Arbeit gezwungen zu sein, habt ihr unangetastet gelassen und sie existieren immer noch. Eure Ignoranz konntet ihr euch leisten, denn bevor die Wut darüber hochkochen konnte, haben andere dafür gesorgt, dass sie sich nicht entlädt. Und in den seltenen Fällen, in denen sich doch ein Funken zeigte, wurde sie von Bullen niedergeknüppelt, in Pfefferspray ertränkt und in lähmender Angst und Hoffnungslosigkeit erstickt. Ohne den verruchten und gefährlichen Ruf, aber immer noch im alternativen Flair war der Kiez plötzlich begehrt. Und so wurden die Probleme – gemeinsam mit den Menschen, die sie hatten – einfach verdrängt. Im wahrsten Sinne des Wortes.

[...]

Und wir sahen nicht nur Verdrängung. Wir sahen Rassismus in allen gesellschaftlichen Schichten. Zeitungen die gegen Geflüchtete hetzten, Menschen, die in ihren geheizten Wohnungen saßen, und sich über Unrat, Dreck und die elenden Eindrücke empörten, mit

denen die vielen Camps, Hungerstreiks und Aktionen der kämpfenden Geflüchteten ihr Bild einer heilen Welt beschmutzten. Wir sahen Nazis auf der Straße, die Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen beleidigten, attackierten und umbrachten. Demokrat_Innen, die ebenfalls nationalistisch und rassistisch sind, daneben stehen, zur Gewaltlosigkeit aufrufen, sich selbst und ihre „Toleranz“ abfeiern und anschließend ihren mörderischen Alltag wieder aufnehmen. Politiker*innen, die – in tiefster Sorge um städtisches Ansehen, wirtschaftliches Wachstum und die Grünflächennutzungsordnung – zunächst versuchten alles zu ignorieren und dort, wo sie es nicht mehr konnten, möglichst schnell alles zu beenden, was die Totenruhe stört. Und schließlich Bullen, die - im Namen der Verfassung und der Demokratie - Nazis den Weg frei und antifaschistische, linke und anarchistische Demos nieder prügeln.

Wir sahen Polizei, Ordnungsamt, Sicherheitsdienste und Kontrolleure an allen Ecken und Enden. Die denen, die auf der Gewinnerseite des Spiels stehen, ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und denen – die sowieso zu wenig zum Leben haben – selbiges schwer machen. Die Menschen, aufgrund äußerer Merkmale ständig kontrollieren und unter Generalverdacht stellen. Menschen, die mangels Geld und Alternativen ihre Freizeit im Freien verbringen müssen, gängeln und alles reglementieren, verbieten und kontrollieren. Menschen, die sich sowieso keine Tickets leisten können (oder wollen) – aber dennoch am Leben und dadurch eben auch am Nahverkehr – teilhaben wollen und müssen durch Kontrollschikanen, Geldbußen und Gefängnisstrafen noch weiter erniedrigen, als sie es sowieso schon sind.

[...]

Wir fordern nichts, außer die restlose Zerstörung eurer kranken Welt. Wir werden solange widerständig bleiben, bis die Gesamtscheiße aufhört, bis das schöne Leben für jeden kein abstraktes Versprechen mehr ist, sondern Wirklichkeit. Eine Wirklichkeit in der wir die Dinge tun können, die uns wirklich erfüllen, in der wir das tun können, was wir uns erträumen und wünschen und in der wir in gegenseitiger Hilfe und Solidarität leben, nicht in Konkurrenz, Neid und Hass, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität und allen anderen, willkürlichen Trennlinien.

Ganz nach dem Motto: „Das Spektakel versucht uns furchtbar aussehen zu lassen. Doch wir versuchen viel schlimmer zu sein.“ sagen wir: Wir haben die Schnauze voll!

Hoch die antinationale Kriminalität und für den Anarchismus – alles andere ist Quaaak!

Die ganze Erklärung gibt es hier:

<https://linksunten.indymedia.org/en/node/113602>

Stadt und Land bricht schriftliche Zusage

Gemeinsame Erklärung mehrerer antirassistischer und stadtpolitischer Initiativen*

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ bricht ihre schriftliche Zusage, eine Wohnung für eine von einer Zwangsäumung bedrohte Familie bereitzustellen. Die Wohnung soll nun an Geflüchtete gehen. Hier werden Personen gegeneinander ausgespielt, deren Wohnungsnot ähnlich groß ist. Dieses Vorgehen akzeptieren wir nicht! „Stadt und Land“ muss ihre Verpflichtungen erfüllen!

In Nordneukölln steht eine Familie kurz davor, durch eine Zwangsäumung obdachlos zu werden. Der private Vermieter zeigt sich stur. Jahrelang bemühte sich die Familie vergeblich um eine neue, nach Richtlinien des Jobcenters „angemessene“ Wohnung. Vor einigen Monaten konnte das Bündnis Zwangsäumung verhindern gemeinsam mit der Familie durch zahlreiche Aktionen und Druck auf den Bezirk eine Wohnung von der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ erkämpfen. In der Folge erhielt die Familie eine schriftliche Zusage für eine Wohnung in der Falkstr. 22 (Rollbergviertel) von „Stadt und Land“. Durch diese Bestätigung für eine neue Wohnung konnte die Zwangsäumung vor Gericht vorerst ausgesetzt werden. Viele Geflüchtete brauchen ebenfalls dringend Wohnungen. Die Lebensbedingungen in Sammelunterkünften für Geflüchtete sind ähnlich menschenverachtend wie in vielen sogenannten Wohnheimen für Obdachlose. Auf engstem Raum werden die Menschen in Mehrbettzimmern untergebracht, die Wasch- und Kochmöglichkeiten sind kaum funktionstüchtig, Privatsphäre gibt es nicht. Dass gerade diese Not der Geflüchteten als Vorwand herhalten soll, um nun einer vor der Zwangsäumung stehenden Familie die Wohnung abzusprechen, akzeptieren wir nicht. Die Konkurrenz, die hier zwischen denjenigen hergestellt werden soll, die am stärksten von Wohnungsnot betroffenen sind, hat zum Ziel, uns zu trennen. Aber wir kämpfen zusammen für menschenwürdigen Wohnraum für alle! „Stadt und Land“ ist dazu verpflichtet, im Rahmen des geschützten Marktsegmentes auch Wohnungen für Menschen

bereitzustellen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt sonst keine finden. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft erfüllt diese Kontingente aber seit Jahren nicht und lehnt z.B. Wohnungsbewerber*innen mit Schufaeinträgen für reguläre Wohnungen konsequent ab; zudem lässt „Stadt und Land“ regelmäßig Mieter*innen zwangsäumen. Ebenso verhält es sich mit den Wohnungen, die „Stadt und Land“ für Geflüchtete zu Verfügungen stellen müsste: Im Jahr 2012 schaffte es das Unternehmen gerade einmal, fünf Prozent der vertraglich vereinbarten Wohnungen anzubieten und schneidet damit sogar noch schlechter ab als die anderen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. „Stadt und Land“ vermietet etwa 2.800 Wohnungen pro Jahr neu. Die Wohnungen sind also da – „Stadt und Land“ kann entscheiden, wer sie bekommt! Als zu 100 Prozent dem Land Berlin gehörende Wohnungsbaugesellschaft muss „Stadt und Land“ alle Verpflichtungen, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, erfüllen. Dies muss für die am stärksten von Wohnungsnot Betroffenen gelten statt für den größtmöglichen Gewinn!

Wir fordern von „Stadt und Land“:

-Einhaltung der Zusage an die von Zwangsäumung bedrohte Familie bzgl. der Wohnung in der Falkstr. 22.

-Falls die Wohnung in der Falkstr. 22 bereits für Geflüchtete zugesagt wurde: Einhaltung der Zusage an die Geflüchteten und Vermietung einer anderen Wohnung im Rollbergviertel an diese Geflüchteten. Dafür steht im selben Haus in der Falkstr. 22 eine weitere Wohnung in ähnlicher Größe frei.

-Vermietung aller leer stehenden und frei werdenden Wohnungen im Rahmen der mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) vereinbarten Kontingente.

-Erfüllung der verpflichtenden Quoten im Rahmen des geschützten Marktsegmentes für Menschen mit Zugangsschwierigkeiten auf dem freien Wohnungsmarkt.

*Liste unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/115747>



Über uns

Die ZwischenRufe sind ein selbstorganisiertes Projekt aus dem Norden Neuköllns. Wir stehen dem aktuellen Zustand unserer Gesellschaft kritisch gegenüber und wollen eine Plattform unabhängiger Medien schaffen. Bei uns soll Raum finden, was woanders nicht oder nur ungenügend Raum findet. Die ZwischenRufe wollen vermitteln und erzählen, was die Menschen bewegt, die sich mit der Welt, wie sie gerade ist, nicht zufriedengeben.

Wir erträumen und kämpfen für eine Gesellschaft in der Werte wie gegenseitige Akzeptanz und Solidarität gelten und nicht wie heute Ausbeutung und Ausgrenzung der Motor des alltäglichen Lebens sind.

Die Verbreitung von Informationen sehen wir hierbei als unerlässlich, wenn auch nicht alleinstehend an. Deshalb schreiben wir manchmal selbst, oft dokumentieren wir, was andere tun. Unser Fokus liegt dabei auf dem nördlichen Neukölln. Wir leben gerne hier und wollen festhalten was uns und unsere Nachbar*innen bewegt.

Wir sind uns darüber klar, was wir wollen. Das heißt jedoch nicht, dass wir nicht auch offen für andere Menschen, Ideen und Meinungen sind. Wenn ihr Lust habt mit uns zu diskutieren, uns zu kritisieren, uns Artikel beizusteuern, oder einfach nur Fragen zu stellen: Fühlt euch eingeladen, uns zu schreiben unter:

["zwischenruf-redaktion@riseup.net"](mailto:zwischenruf-redaktion@riseup.net). Wir sind immer auf der Suche nach Artikeln von Anderen, ebenso nach Leuten, die Lust haben uns beim Verteilen zu helfen.



Adressen

Im Kiez

"Braunschweiger", selbstorganisiertes Hausprojekt mit Veranstaltungsraum, Braunschweigerstr. 53/55, b5355.noblogs.org

Friedel54, selbstorganisierter Veranstaltungsraum mit Siebdruckwerkstatt, Friedelstr. 54, <http://friedel54.noblogs.org/>

Plattenladen, selbstorganisierte Fahrradwerkstatt, jeden Montag 16-21Uhr, Sonnenallee 137

Mieter*innen-Beratung, Beratungsstelle der Berliner MieterGemeinschaft, Jeden Mittwoch, 13.00 bis 16.00 Uhr, Sonnenallee 101

Galerie Olga Benario, offener Raum für Veranstaltungen, u.a. mit Sprachkursen, Richardstr. 104

Im Internet

Stressfaktor - Alternative Terminseite in Berlin - stressfaktor.squat.net

Linksunten - unabhängiges Nachrichtenportal - linksunten.indymedia.org